



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt des Amtes Unterspreewald gemäß § 5 Abs. 1 RPO in Verbindung mit § 101 Abs.3 BbgKVerf

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Fraktion - UBL	197-2021	02.12.2021

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen erteilt dem Rechnungsprüfungsamt gemäß § 5 Abs. 1 RPO i.V.m. § 101 Abs. 3 BbgKVerf folgenden Prüfauftrag:

1. Das RPA des Amtes Unterspreewald wird beauftragt, alle verwaltungsseitig erfolgten Auftragsvergaben (einschließlich der damit verbundenen Ausschreibungsverfahren) und Rechnungslegungen an den Bauhof des Amtes Unterspreewald für die Stadt Golßen zu prüfen. Auch die damit verbundenen internen Verwaltungsabläufe (Auftragsvergaben, Rechnungslegung, Auszahlungen, Kosten- Leistungsverrechnung mit dem Amt) sind in die Prüfung einzubeziehen.
2. Der entsprechende Prüfbericht ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 103 Abs. 2 BbgKVerf bis zum 31.01.2022 vorzulegen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Das Amt Unterspreewald hat zum 1.01.2021 ein Rechnungsprüfungsamt eingerichtet, welches per Gesetz für die innerörtliche Prüfung zuständig ist. Gemäß § 101 Abs. 3 BbgKVerf ist das Rechnungsprüfungsamt der Gemeindevertretung unmittelbar verantwortlich und in seiner sachlichen Tätigkeit ihr unmittelbar unterstellt. Die Gemeindevertretung, der Hauptausschuss und der Hauptverwaltungsbeamte haben das Recht, dem Rechnungsprüfungsamt Prüfungsaufträge zu erteilen. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge unabhängig. Das Rechnungsprüfungsamt wird über die Amtsumlage finanziert, sodass

durch diesen Auftrag keine Kosten entstehen. Der Prüfauftrag entspricht dem gesetzlichen Umfang der Pflichtaufgaben des Rechnungsprüfungsamtes.

In Verbindung mit dem Antrag zur Schaffung einer weiteren Hausmeisterstelle für die Stadt Golßen wurde der Stadtverordnetenversammlung eine Übersicht über die im Jahr 2021 geleisteten Arbeiten, Stunden und der damit verbundenen Kosten des Bauhofes für die Stadt Golßen übermittelt.

Es ist anhand des Haushaltsplanes nicht möglich, abzugleichen, ob die bereits beauftragten Leistungen den geplanten Haushaltsansätzen und dem geltenden Vergaberecht entsprechen.

Allein die im Produkt 55110.522100 veranschlagten 105.000 Euro überschreiten den Schwellenwert für eine Direktvergabe ohne Ausschreibung. Selbst wenn es unter-schwellige Aufträge gibt und es dafür keine explizite Vergabeordnung gibt, gelten die allgemeinen Vergabegrundsätze: Transparenz, Gleichbehandlung, Diskriminierungsverbot. Eine künstliche Unterteilung von Aufträgen und damit eine künstliche Umgehung der Schwellenwerte ist darüber hinaus rechtlich unzulässig, § 3 Absatz 2 VgV.

Zu beachten ist auch, dass es sich vorliegend nicht um einen gemeindeeigenen Bauhof handelt und damit der direkte Zugriff der Stadt Golßen ausgeschlossen ist. Der Bauhof ist Regiebetrieb des Amtes. Für eine „automatische Auftragsvergabe“ der Leistungen der Stadt Golßen bedürfte es also entweder eine Aufgabenübertragung an das Amt (ähnlich Kita und Brandschutz) bzw. eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen Stadt und Amt.

Auf diese rechtlichen Besonderheiten soll das Rechnungsprüfungsamt in seinem Bericht gesondert eingehen. Dies dürfte auch für die Leistungen des Bauhofes für die übrigen Gemeinden des Amtes von großem Interesse sein, vor allem vor dem Hintergrund, dass häufig parallel Gemeindemitarbeiter*innen beschäftigt werden, die in ihren Stellenbeschreibungen die Aufgaben ebenfalls wiederfinden.

Des Weiteren ist zu überprüfen, ob in dem Stundenlohn von 38 Euro auch Kosten für Fahrzeuge und Geräte des Bauhofes enthalten sind. Diese werden bereits über die Amtsumlage finanziert. Eine doppelte Abrechnung ist unzulässig.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

- ☐ Ja ☐ Nein
- ☐ Stellungnahme liegt anbei
- ☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

- ☐ Zustimmung Hauptausschuss
- ☐ Ablehnung Hauptausschuss
- ☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:
Herr Schulz

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	--------------	---